



Dr. Christine Hannemann

## „Schrumpfende Städte“: Überlegungen zur Konjunktur einer vernachlässigten Entwicklungsoption für Städte

### Schrumpfen als neues Phänomen?

**Die Frage, was aus den Städten wird, die ein vergangenes Industriezeitalter repräsentieren, stellt sich nicht nur in Ostdeutschland, hier jedoch in besonders dramatischer Schärfe. Dabei werden sowohl Handlungsstrategien zur innovativen Weiterentwicklung von Stadtregionen und ihres Gebrauchs benötigt, als auch zentrale Vorstellungen und Wahrnehmungsweisen der nichtindustriellen Stadt thematisiert, überprüft und neu formuliert werden müssen. Ziel muss es sein, die Bedeutung von wirtschaftlich nicht wachsenden Städten für das kulturelle Selbstverständnis moderner Gesellschaften zu charakterisieren und das Thema als allgemeines gesellschaftliches Problem einer öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen.**

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der „Wende“ zeigen sich besonders tiefgreifend in der Entwicklung der Städte und Regionen Ostdeutschlands. Schlagworte wie Finanznot, Leerstand und Abwanderung kennzeichnen die aktuelle Problematik. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist insbesondere die Perspektive ostdeutscher Städte Gegenstand vielfältiger Debatten.

Von den verschiedenen Prognosen ist nur eine Annahme unwidersprochen: Ostdeutsche Städte „schrumpfen“. Diese Entwicklung kann politisch und wissenschaftlich nicht mehr ignoriert werden. „Die neue Herausforderung heißt Umgang mit Schrumpfung“ – so heißt es im Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im November 2000. Und erst seit diesem Zeitpunkt werden nunmehr allgegenwärtig die Folgen des Schrumpfens diskutiert. Die Debatte konzentriert sich primär auf den „Stadtumbau“, der häufig verkürzt interpretiert wird als Abriss von Plattenbauten.

Der Wohnungsüberhang in den Neuen Ländern ist angesichts seiner Überdimensionalität nicht mehr als vorübergehende Erscheinung zu bewältigen, die sich etwa im Zuge der Osterweiterung wieder regulieren werde. Vielmehr ist er zu einem deutlichen Zeichen für eine auf Dauer gestellte Entwicklung geworden. Er reicht jedoch auch als Zustandsbeschreibung für die Ursachen und Folgen schrumpfender Stadtentwicklung nicht aus. Ein solches Verständnis engt die Entwicklung von Lösungen für dieses neue Phänomen der Schrumpfung ein.

### Entwicklungsprobleme ostdeutscher Städte seit der Wende

Dass nicht nur die Analyse des Leerstands, insbesondere des Wohnungsleerstands, als Problemthematization für die Ursachen des Schrumpfungsprozesses ausreichend ist, wird deutlich, resümiert man wesentliche Entwicklungsprobleme ostdeutscher Städte seit der Wende.

Entscheidend ist zunächst der Aspekt einer „De-Industrialisierung“. In der Diskussion um Ursachen, Ausmaß und Folgen der allgemeinen Krise globalisierter Wirtschaftsentwicklung mit stagnierendem Wachstum wird dieser Begriff in zwei Zusammenhängen verwendet. Zum einen bezeichnet er die Tertiärisierung der Produktion, zum anderen aber auch den Rückgang traditioneller Produktionsbereiche, ohne deren Ersatz durch moderne Dienstleistungen oder andere Gewerbe des tertiären Sektors.

Doch auch in dieser doppelten Bedeutung trifft dieser Begriff das ganze Ausmaß des wirtschaftlichen Abbaus und der daraus resultierenden hohen Arbeitslosigkeit und urbanen Rückbildungsprozesse in den neuen Bundesländern nur unzureichend: die De-Kollektivierung der Landwirtschaft und die De-Militarisierung sind gleichermaßen Prozesse mit erheblichen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Städte in Ostdeutschland.

### Zur Erinnerung:

Die DDR war, gemessen an ihrer Größe, ein geradezu bis zum Rand mit Militär und paramilitärischen Organisationen und Institutionen vollgestopft Land. Um dies zu erkennen, addiere man nur einmal die Gruppen der „bewaffneten Organe“ in der DDR (NVA, Grenztruppen, Sowjetarmee, Staatssicherheit) und alle anderen paramilitärischen Organisationen sowie die riesigen von ihnen okkupierten Flächen und heute vielfach aufgelassenen Gebäudekomplexe.

Zwar mit deutlich geringerem, so doch nennenswertem Anteil gehört zu der besonderen Form und dem besonderen Ausmaß von Schrumpfung in den neuen Bundesländern auch der Abbau der administrativen Institutionen der DDR. Diese „De-Administration“ betrifft z.B. den Statusverlust als Bezirks- und Kreisstadt, den viele Städte hinnehmen mussten, oder auch den umfangreichen Arbeitsplatzabbau durch die Abschaffung der DDR-



Massenorganisationen. Von der „Gesellschaft für Sport und Technik“ über die „Liga der Völkerfreundschaft“ bis zum „Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter der DDR“ verfügten die zahlreichen Organisationen über Bezirks- und zumeist auch Kreisabteilungen, die im Zuge des Systemwechsels überwiegend aufgelöst und nur in den wenigsten Fällen in neue Institutionen transformiert wurden.

Ein Beispiel: Die wirtschaftliche Basis der mecklenburgischen Kleinstadt Teterow bildete vor der Wende Industrie, hier u.a. ein Panzerreparaturwerk, ein Kleiderwerk zur Produktion von NVA-Uniformhosen und die Landwirtschaft. Außerdem war Teterow Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises. Heute existieren von diesen Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsfunktionen allenfalls Restbestände. Eine „Tertiärisierung der Produktion“ hat nicht stattgefunden. Die Stadt Teterow versucht mit der Ansiedlung von Unternehmen der Biotechnologie eine grundsätzliche Neudefinition der wirtschaftlichen Basis, deren Erfolg zurzeit äußerst ungewiss ist.

## Funktionsverluste der Städte

Insgesamt ist die Entwicklung in Ostdeutschland von Funktionsverlusten der Städte gekennzeichnet. Anders, als es der Begriff „Strukturwandel“, der häufig zur Beschreibung der Ursachen für das Schrumpfen verwandt wird, suggeriert, hat sich in den letzten zehn Jahren nur wenig gewandelt.

Beim „Strukturwandel“ geht es im Kern geht es zum einen um eine sektorale Verschiebung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, zum anderen um funktionale Verschiebungen in Produktion und Beschäftigung. Dieser Wandel aber hat bisher in Ostdeutschland nur in geringem Maße stattgefunden. Zentrales Problem der ostdeutschen Städte ist die Erosion ihrer wirtschaftlichen Basis. Dieser „Wandel“ lässt sich treffender mit dem Begriff der „De-Ökonomisierung“ ostdeutscher Städte beschreiben.

Einer solchen Terminologie könnte entgegengehalten werden, dass sie nicht den Kern der Entwicklungsprozesse charakterisiert, da die fachliche Übersetzung von Ökonomisierung „Vermarktwirtschaftlichung“ bedeutet. „De-Ökonomisierung“ müsste dementsprechend mit „Entmarktwirtschaftlichung“ übersetzt werden. Die ökonomische Seite der Wiedervereinigung bedeutete jedoch gerade für Ostdeutschland die Einführung der Marktwirtschaft. Also ist die wirtschaftliche Basis der ostdeutschen Städte durch „Vermarktwirtschaftlichung“ gekennzeichnet.

### Ostdeutsche Städte ohne ökonomische Kraft

Nur hat diese im Kontext der weitgehend fehlenden Wirtschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung und der Wirkungen der Globalisierung dazu geführt, dass „Marktwirtschaft“ kaum die Grundlage ostdeutscher Stadtökonomie bildet. Schaut man sich die defizitären Haushalte der ostdeutschen Städte an, wird offensichtlich, dass diese überwiegend von Transferzahlungen getragen sind. Selbsterwirtschaftete Einnahmen von der

Gewerbe- bis zur Hundesteuer haben einen verschwindend geringen Anteil. Angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen und der Stadtbewohner, die in ABM und sonstigen Weiterbildungsmaßnahmen „geparkt“ sind, trifft die Feststellung der Abhängigkeit von Transferzahlungen auch hier zu. Diese Überlegungen rechtfertigen es m.E., von der „deökonomisierten“ Stadt zu sprechen.

### Anhaltende Abwanderung

Verstärkt wird das Problem der De-Ökonomisierung durch den Bevölkerungsrückgang: Dieser betrifft einerseits die Abwanderung junger, qualifizierter Bevölkerung in die alten Bundesländer, vorwiegend als Erwerbswanderung, andererseits den Rückgang der Geburtenrate. Darüber hinaus führen die mit der Suburbanisierung bzw. De-Urbanisierung verbundenen Prozesse – gefördert durch die Eigenheimzulage – zunehmend zu einer Fragmentierung ostdeutscher Städte. Nicht nur, dass die amtlichen Bevölkerungsprognosen davon ausgehen, dass die ostdeutschen Städte bis 2025 aufgrund des konzentrierten Suburbanisierungsprozesses bis zu 25 Prozent ihrer Bevölkerung verlieren werden, es entstehen auch neuartige Stadtregionen, die in mehr oder weniger unzusammenhängende Teilgebiete zerfallen.

### Verödung der Innenstädte

Daneben ist die Entwicklung einer großflächigen Ausdehnung von Städten aufgrund von weiträumigen Eingemeindungen zu beobachten. Neuruppin mag hierfür als Beispiel dienen. Nicht zuletzt gibt es eine Tendenz zur Verlagerung regionaler Dominanzen in städtische Randgebiete mit der Folge der Innenstadtverödung.

In den letzten Jahren haben daher insbesondere zahlreiche Innenstädte einen weitgehenden Funktionswandel verkraften müssen. Die für sie charakteristische Konzentration von öffentlichen Einrichtungen, Geschäftsleben und Veranstaltungen ist heute in vielen ostdeutschen Städten auf ein Minimum reduziert. Insbesondere der Durchgangsverkehr hat zu einem Verlust an Lebensqualität bzw. zur „Unwirtlichkeit“ von Innenstädten und Innenstadtrandbereichen für die Wohnbevölkerung geführt. Der Verkehrslärm, so eine Untersuchung zum Thema „Wohn-Ort-Innenstadt“ aus dem Jahre 2000, ist das Haupthindernis für das Wohnen in der Innenstadt.

## Welches Leitbild braucht die Stadt?

Diese Problemlagen lassen Widersprüche zum planerischen und politischen Gestaltungsziel einer kompakten, zentralen Stadt erkennen. Bislang unbestrittene Leitbilder, die der Politik und Planung als Grundlage des Handels dienten, werden inzwischen von Experten außerordentlich kritisch und mit großer Skepsis gesehen. Die Stichworte „Urban Sprawl“, „Zwischenstadt“, „Regionalstadt“, „Verlust von Urbanität und Innenstadt“ verweisen auf die Diskussionen, die in diesem Zusammenhang geführt wer-

den. Auch die nunmehr eher hilflos postulierte „perforierte Stadt“ zeigt außer Mut zum Realismus – noch – kein Lösungskonzept für die neuen urbanen Konfigurationen. Deren zentrales Merkmal ist die Verdünnung von Räumen, eine Reduktion der Dichte, die verschärft wird – und dies ist ein weiterer Aspekt – durch den Rückbau der sozialen Infrastruktur. Dies zeigt sich z.B. am Abbau von Hortplätzen, der Schließung von Bibliotheken oder auch an der schlechteren Anbindung an den ÖV.

Neben diesen „ost“-spezifischen Aspekten hat sich aber auch auf gesamtdeutscher Ebene die Disposition von Stadtentwicklung als Grundlage der Stadtplanung verändert. Das fordistische Wachstumsmodell, d.h. die grundsätzliche Verfügbarkeit von Erwerbsarbeit, Vollbeschäftigung basierend auf industrieller Massenproduktion, Wohlstandswachstum und Tarifautonomie waren bislang die nicht bezweifelten Grundparameter der Stadtplanung und Stadtentwicklung in der alten Bundesrepublik wie auch in der DDR.

Daraus lassen sich für das traditionell dominierende Muster von Stadtentwicklung folgende grundsätzlich zu bewältigende Bedingungen ableiten:

- das ständige Wachstum der Bevölkerung,
- die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen bzw. der Arbeitsplätze und
- die Notwendigkeit des kontinuierlichen Wohnungsneubaus.

Diese Bedingungen werden in der Zukunft auf absehbare Zeit nicht mehr gegeben sein, und in den schrumpfenden Städten schlägt sich dieser Wandel nieder.

Somit stehen die ostdeutschen Städte – und dies betrifft, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen nahezu jede – für eine Stadtentwicklungsoption, für die es keine hergebrachten, ausgefeilten und erprobten Bewältigungsstrategien gibt. Stadtentwicklung ist in Deutschland auf die Steuerung von Wachstum und die Erneuerung von Bestehendem eingespielt. Hierfür existieren Regelungen und Instrumente, die seit vielen Jahrzehnten als bewährt erachtet werden. Variation und Kritik bezogen sich jahrelang z.B. auf die Vernachlässigung ökologischer Aspekte oder bestimmter Bevölkerungsgruppen wie Kinder und Frauen.

## Exkurs: zum Phänomen der schrumpfenden Stadt

Es muss an dieser Stelle nicht ausgeführt werden, dass historisch gesehen die Entwicklung von Städten schon immer ein Auf und Ab war. Das Phänomen des Schrumpfens von Städten ist also nur im Rückblick auf die jüngere Moderne, nicht aber absolut neu. In der Stadtgeschichtsschreibung wird es jedoch zumeist als Stagnationsproblem und nicht als Schrumpfung behandelt. Gerade die Urbanisierungsgeschichte Deutschlands verzeichnet aber eine große Anzahl traditionsreicher Klein- und Mittelstädte, die von den Wachstumsentwicklungen im Zuge der Verstädterung durch Industrialisierung im 19. Jahrhundert regelrecht abgekoppelt waren. Das trifft, so beschreibt es der Historiker Jür-

gen Reulecke in der „Geschichte der Urbanisierung in Deutschland“, vor allem auf solche Städte zu, die im Zuge der Vernetzung Deutschlands mit dem neuen Massen- und Schnellverkehrsmittel Eisenbahn ohne einen Anschluss ans Streckennetz blieben oder erst zu einem sehr späten Zeitpunkt daran angeschlossen wurden.

Die Urbanisierung Deutschlands bewirkte die Bildung zweier Stadttypen:

- auf der einen Seite industriell geprägte Großstädte und
- auf der anderen Seite agrarische strukturierte Landstädte.

Die Letztgenannten wurden allmählich zur sog. „Provinz“, d.h. sie wurden von den allgemeinen Prozessen nur dosiert und mit Zeitverzögerung betroffen. Häufig suchten sie den Anschluss an die Industrialisierung durch die Übernahme spezifischer Funktionen im Zuge der neuen großräumigen Aufgabenteilung und Spezialisierung. Reulecke illustriert diese Entwicklungen am Beispiel der Stadt Witzenhausen an der Werra, die um 1820 noch einige hundert Einwohner mehr zählte als z.B. die Stadt Bochum. Da Ansätze einer Industrialisierung relativ erfolglos blieben und die Einwohnerzahl stagnierte, wurde Witzenhausen auf seine Funktion als Ackerbürgerstadt fixiert.<sup>1</sup> Allerdings werden die damaligen spektakulären Veränderungen und systembedrohenden Zuspitzungen in den neuen Industriezentren in der Stadtgeschichte bisher erheblich eingehender behandelt, als die Situation in den zurückbleibenden und daher schrumpfenden „Passivräumen“.

Es sollte allerdings auch nicht der Eindruck entstehen, als sei das Phänomen der Schrumpfung von Städten für die Gegenwart ein völlig unerwartetes und nicht vorhersehbares Ereignis. Schon seit den siebziger Jahren wird dieses Phänomen in Nordamerika und in Westeuropa beobachtet. Nur hat es leider bis Ende der neunziger Jahre keine wissenschaftlichen und politischen Bemühungen zumindest in der alten Bundesrepublik ausgelöst. Die Durchsicht der Literatur aus dieser Zeit zeigt zwar die wiederholte Betonung der politischen und fachlichen Probleme bei der Bearbeitung der für altindustrielle Städte konstatierten „Schrumpfungsprozesse“. Die deutsche Stadtforschung hat jedoch nur wenige theoretische Erklärungsversuche für diesen auch empirisch nur in Ansätzen erforschten urbanen Rückbildungsvorgang angeboten und ist damit auch nicht auf Resonanz in der Politik gestoßen. Es scheint fast, als habe auch die Stadtforschung sich über Jahre einem „Denkverbot“ der Politik unterworfen, der die Beschäftigung mit Schrumpfung als einer wenig „positiven“ Zukunftsperspektive als nicht opportun galt. Eine Ausnahme und einen Anstoß für eine schrittweise um sich greifende Debatte bildet der Aufsatz „Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie“ von Hartmut Häußermann und Walter Siebel, in dem die Autoren Ende der achtziger Jahre die Strukturveränderungen der Städte, die De-Industrialisierung und Tertiärisierung quantitativ und empirisch beschreiben. Dabei wur-

<sup>1</sup> Die Witzenhausener Bürger machten jedoch, so Reulecke, aus dieser Fixierung eine Tugend, indem sie sich auf eine agrarische Marktlücke spezialisierten: die Produktion von Kirschen. Witzenhausen belieferte einen großflächigen Markt mit diesem landwirtschaftlichen Produkt. Noch heute wirbt die Stadt mit dem Slogan „Willkommen im Kirschenland Werratal.“



de das Phänomen des Schrumpfens vor allem für die alten Industriestädte deutlich herausgearbeitet. Schrumpfung ist demnach ein Resultat des Übergangs von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft mit neuen elektronischen Technologien. Als exemplarische Regionen galten die englischen Midlands, der so genannte Rustbelt in den nordöstlichen Staaten der USA, oder in Deutschland besonders das Ruhrgebiet.

An diese Beobachtung schlossen Häußermann und Siebel die Frage an, unter welchen Voraussetzungen diese Wachstumsdefizite in eine Strategie der Verbesserung der Lebensverhältnisse in den strukturschwachen Städten gewendet werden können. Diese Problemformulierung war damals politisch nicht vorstellbar. Sie löste gerade in den seinerzeit im Blickfeld stehenden westdeutschen Städten „mehr Beschimpfungen als Nachdenken aus“, wie der Bremer Stadtsoziologe Thomas Krämer-Badoni in seiner Einleitung zur Tagung „Das Verschwinden der Städte“ vom November 1996 konstatierte. Und er ergänzte, diese Gedanken seien bis heute nicht diskussionsfähig. Das Problem der fatalen Tabuisierung des Schrumpfens von Städten illustriert auch die Feststellung von Karl Ganser, dem Leiter der IBA Emscherpark im Ruhrgebiet: In Regionen ohne Wachstum würde zum Scheinwachstum gegriffen. Deshalb sei zu fragen, ob in Regionen ohne Wachstum der „Griff zum Scheinwachstum“ durch ein „anderes Wachstumsmodell“ abgelöst werden könne. Ganser resümiert: „Wandel ohne Wachstum ist bislang kaum vorstellbar, in der Theorie auch wenig formuliert und politisch-praktisch kaum mehrheitsfähig.“

## Das Problembewusstsein erreicht die Realität

Dieses letzte Zitat bezeichnete bisher weitgehend den Stand der Forschung. Bis vor kurzem konnte Schrumpfung politisch, vor allem kommunalpolitisch, nicht „verkauft“ werden. Schrumpfungen und Schrumpfungsprozesse werden auch im sozialwissenschaftlichen Diskurs der Moderne nicht thematisiert.

Zurzeit aber verweisen alle Zeichen auf einen Perspektivenwechsel: Forschung zu diesem neuen Entwicklungspfad von Städten etabliert sich mit rasanter Geschwindigkeit. Das Bundesprogramm „Stadtumbau-Ost“ kann als eine erste umfangreiche und klare Reaktion auf die dramatische Entwicklung in Ostdeutschland mit Wohnungsleerstand, Abwanderungen und Verödung der Innenstädte gesehen werden. Dass nun auch ein Programm Stadtumbau-West aufgelegt wird, ist ein Indiz für ein ähnliches Problembewusstsein auch in Westdeutschland. In vielen Städten gibt es bereits interne Diskussions- und Arbeitsgruppen zur Schrumpfungsproblematik, auch wenn sie vieler Orts noch verdrängt wird.

Das Programm „Stadtumbau Ost“ ist wesentlich auf wohnungswirtschaftlichen Druck entstanden. Die Debatte dazu folgt – stark vereinfacht – überwiegend der Formel: Bevölkerungsrückgang = Leerstand = „Platte“ = Rückbau (Abriss). Damit werden aber, wie anfangs beschrieben, gravierende Probleme des rasanten Bevölkerungsverlustes, der sich eben nicht nur im Leerstand von Plattenwohnungen, sondern vorwiegend in der Verödung der In-

nenstädte zeigt und der mit einer dramatischen demographischen Alterung von Stadtbevölkerung gekoppelt ist, ausgeblendet. Nicht nur der prognostizierte absolute Bevölkerungsrückgang, sondern auch die Bevölkerungszusammensetzung und die Haushaltsstrukturen signalisieren mittel- und langfristig Handlungsbedarf. Bedeutsam ist hier die Zunahme der Einpersonenhaushalte insbesondere in den Großstädten. Die traditionelle Kernfamilie wird zunehmend zur Minderheit. Außerdem geriet die Verschiebung der Altersstruktur einen dramatischen Wandel der städtischen Bevölkerung, der Altersdurchschnitt der StadtbewohnerInnen wird sich deutlich erhöhen, wie es demographische Hochrechnungen nahe legen. Durch den Rückgang der Kindergeneration muss von immer weniger familiären Unterstützungssystemen für ältere Menschen ausgegangen werden.

## Fazit: Schrumpfende Städte als ein neuer Normalfall der Stadtentwicklung

Noch immer wird der Schrumpfungsprozess in der beschriebenen Verschränkung verschiedener Problemlagen nicht durchgängig als gravierendes Problem vieler Städte anerkannt. Die umfangreichen Transferzahlungen überdecken teilweise die Wirkungen der ökonomischen Erosion. Vielfach wird Schrumpfung noch auf einen bloß demographischen Vorgang reduziert. In Ostdeutschland z.B. konzentriert sich die Debatte um „schrumpfende Städte“ auf der policy-Ebene aktuell auf das von der Bundesregierung aufgelegte Programm „Stadtumbau-Ost“, in dessen Kontext von 262 Städten integrierte Stadtentwicklungskonzepte als Voraussetzung der Förderung von Rückbau und Abriss erarbeitet wurden. Das Programm aber ist wie oben beschrieben wesentlich auf wohnungswirtschaftlichen Druck entstanden vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung.

Der Wohnungsüberhang in den Neuen Ländern ist angesichts seiner Überdimensionalität nicht mehr als vorübergehende Erscheinung zu verstehen, die sich etwa im Zuge der Osterweiterung regulieren werde. Vielmehr ist er zu einem deutlichen Zeichen für eine auf Dauer gestellte Entwicklung geworden. Er reicht jedoch als Zustandsbeschreibung für die Ursachen und Folgen schrumpfender Stadtentwicklung nicht aus. Ein solches Verständnis engt die Entwicklung von Lösungen für dieses neue Phänomen der Schrumpfung ein. Vielmehr müssen deren Ursachen in weitreichender De-Ökonomisierung und De-Population verortet werden, Entwicklungen die von Globalisierung bzw. Europäisierung und Abbau des deutschen Sozialstaates überlagert werden. (vgl. Hannemann 2000)

„Schrumpfende Städte“ sind in der ironischen Wendung der Dramatik durch eine Berliner Architektengemeinschaft der prosperierendste Stadttyp Deutschlands. Die „verlassene“ Stadt (Kohl u.a. 2002: o.S.) ist innerhalb weniger Jahre mit möglichen 2,3 Millionen Einwohnern zur zweitgrößten Stadt Deutschlands aufgestiegen. In Ostdeutschland stehen – geschätzt – eine Million Wohnungen, das sind 13 % des Bestandes, leer (BMVBM 2000). Ein erheblicher Anteil dieses Leerstands betrifft neben den ostdeutschen Großsiedlungen Wohnungen in innerstädtischen Alt-

bauten. Die Substanz der verlassenen Stadt setzt sich aber nicht nur aus leerstehenden Wohnungen zusammen, sondern ebenso aus ungenutzten Gewerbebauten, geschlossenen sozialen Einrichtungen und Industriebrachen. In den Regionen liegen Militärangebiet und aufgegebene LPG-Bauten wie -Flächen verfallen. Betraf der Leerstand anfänglich im Wesentlichen Gründerzeitviertel und vorindustrielle Stadtteile, so kamen nach der Wende Einrichtungen der kulturellen und sozialen Infrastruktur hinzu und ab Mitte der 1990er Jahre Wohnquartiere in den sanierten Altstädten und Großsiedlungen.

Die neue Qualität der Schrumpfungsprozesse in Ostdeutschland ist gekennzeichnet durch die Konvergenz und wechselseitige Verstärkung verschiedener Rückbildungsprozesse. De-Ökonomisierung, De-Population und De-Urbanisierung erzeugen wie der Abbau sozialstaatlicher Auffangmechanismen eine Abwärtsspirale, die als strukturelle Schrumpfung alle städtischen Lebensprozesse erfasst. Ostdeutsche Städte stehen für einen Typ der Stadtentwicklung, für den es keine hergebrachten, erprobten und belastbaren Bewältigungsstrategien gibt. (Krautzberger 2001: 40) Stadtentwicklung ist in Deutschland wie in Europa auf die Steuerung von Wachstum und die Erneuerung von Bestehendem eingespielt. Hierfür existieren Regelungen und Instrumente, die seit vielen Jahrzehnten als bewährt erachtet werden. Seit Ende der 1990er Jahre hat jedoch der Schrumpfungsprozess einen neuen Diskurs zur europäischen Stadt begründet.

*Bereits veröffentlicht in:*

*DIFU-Stadt 2030, Infobrief 6/2002, S.3-8*

Dr. Christine Hannemann,

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Bereich Soziologie, Stadt- und Regionalsoziologie

## Im vhw-Verlagsprogramm

### **Baulandentwicklung durch Bodenmanagement**

Dr. Gerd Geuenich / Dr. Rudolf Josten / Dr. Monika Teigel

1. Auflage, Umfang 144 Seiten, DIN A5-broschiert

Einzelpreis: 27,80 € zzgl. Versandkosten

ISBN: 3-87941-909-4, Bonn, November 2002

### **Instrumente nutzen**

Mit dem vorliegenden Leitfaden mit einem einleitenden Vorwort von Prof. Dr. Hartmut Dieterich zeigen die Autoren Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden für neue strategische Ansätze zur Baulandbereitstellung und Mobilisierung auf. Dabei legen sie Wert darauf, Stärken und Schwächen der einzelnen Strategiemodelle herauszuarbeiten.

Bestellungen: [www.vhw-online.de](http://www.vhw-online.de)